

## **Netflix statt Messer: Mannheim reagiert auf Gewalt mit Abo-Anreiz**

In Mannheim gibt Sulaiman A. sein Messer ab und erhält Netflix als Prävention gegen Gewalt; GdP unterstützt Maßnahme.



## **Mannheimer Messerübergriff stellt Netflix-Präventionsvorschlag in den Fokus**

In Mannheim am 31. Mai kam es zu einem tragischen Zwischenfall, als der mutmaßliche Täter Sulaiman A. den Islamkritiker Michael Stürzenberger angriff und den Polizisten Rouven Laur tötete. Diesem Ereignis folgte eine interessante Initiative der Deutschen Polizeigewerkschaft (GdP), die eine ungewöhnliche Präventionsmaßnahme vorschlägt.

Durch die jüngsten Unruhen in England und einen Messerangriff in Stuttgart, zielen die Behörden darauf ab, präventive Maßnahmen zu stärken. Jochen Kopelke, Vorsitzender der GdP, regte in einer Pressemitteilung an, Messerkriminelle mit einem

Jahr Netflix-Abo zu belohnen, wenn sie ihre Messer abgeben. Dies könnte konkret verbotene Butterfly-Messer betreffen.

Der Vorschlag, Messerträger zu „Messer-Abgebenden“ zu machen und ihnen dafür Netflix-Abos anzubieten, zeigt erste Wirkung. Sulaiman A., der Täter des Übergriffs in Mannheim, äußerte sich positiv zu diesem Angebot. Er sagte: „Hätte es dieses Angebot damals schon gegeben, hätte ich vermutlich Ende Mai auf der Couch gesessen und Netflix geschaut.“ Auch wenn er nun im Gefängnis sitzt, sieht er die Idee als sinnvoll an.

Der Islamkritiker Michael Stürzenberger, das Angriffsziel von Sulaiman A., unterstützt ebenfalls die Initiative. Er kommentiert: „Statt gegen die politischen Auswüchse des Islams zu kämpfen, hätte ich für Messerverbotzonen und Eintausch-Programme werben sollen!“ Seine ironische Anerkennung des Programms zeigt, wie dringend effektive Präventionsansätze benötigt werden.

Interessanterweise bestehen Gerüchte, dass man für mehrere Messer ein Familien-Abo erhalten könnte. Jochen Kopelke von der GdP betont jedoch die Notwendigkeit der gesetzlichen Klarstellung, um auch kriminellen Clans attraktive Angebote machen zu können.

Laut Goodhart's Law, einem wirtschaftlichen Prinzip, könnte jedoch gerade diese Belohnungspolitik dazu führen, dass sich viele vorsorglich mit Messern eindecken, um später von den Angeboten zu profitieren. Dies könnte einen negativen Streisand-Effekt hervorrufen, der die gegenteilige Wirkung zur beabsichtigten Prävention hätte.

## **Wie Politik und Regierung präventiv eingreifen könnten**

Die Politik hätte durch frühzeitige und umfassende Bildungs- und Integrationsprogramme solche Vorfälle möglicherweise verhindern können. Diese Programme könnten darauf abzielen,

sowohl soziale als auch ökonomische Chancen für potenziell gefährdete Personen zu verbessern, wodurch das Bedürfnis nach Gewaltanwendung gesenkt wird.

Die Regierung könnte weiterhin in die Schaffung von sicheren Umfeldbedingungen investieren, indem sie z.B. mehr Mittel für Jugendarbeit und Gemeinschaftsprojekte bereitstellt. Ein bewährtes Mittel sind auch verstärkte Kontrollen und konsequente Strafverfolgung bei illegalem Waffenbesitz, um Abschreckungseffekte zu erzielen und die öffentlichen Sicherheitsstandards zu erhöhen.

Langfristig ist es jedoch entscheidend, dass politische Entscheidungen auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und nicht nur kurzfristige Beruhigungseffekte erzielen. Eine ganzheitliche Strategie, welche Prävention, Bildung und konsequente Rechtsdurchsetzung kombiniert, könnte nachhaltige Veränderungen bewirken und ähnliche Tragödien in Zukunft verhindern.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**